

# Kostenverteilung wird diskutiert

**WASSERVERSORGUNG** / Dem Nunninger Gemeinderat wurden zwei Modelle über die Kostenverteilung der Wasserversorgung Gilgenberg (WVG) vorgelegt. Beide Varianten lassen Kostenverlagerungen zu.

VON ROGER JUD

**NUNNINGEN.** «Der Kostenverteiler, wie er zurzeit angewendet wird, schlägt Wellen, die geglättet werden sollten», sagte Josef Dietler, Präsident der Wasserversorgung Gilgenberg (WVG), und präsentierte dem Nunninger Gemeinderat zwei unterschiedliche Modelle einer gerechteren Umverteilung der anfallenden Kosten. Besonders bevölkerungsdichte Gemeinden mit hohen Spitzenbezügen im Zehntagesmittel, aber eher niedrigem Wasserbezug im Verhältnis zur Bevölkerungszahl müssen laut Josef Dietler eine deutliche Mehrbelastung tragen.

Basierend auf den für das Jahr 2000 budgetierten Gesamtkosten von 759 000 Franken erläuterte Josef Dietler die rechnerischen Auswirkungen der Verteilmodelle. Nach dem herkömmlichen Verteiler trägt Nunningen rund 47 Prozent der gesamten Nettoaufwendungen.

## Die fünf Verbandsgemeinden sollen Stellung nehmen

Der Vorstand der WVG hat verschiedene Modellrechnungen angestellt. Schlussendlich hat er sich auf zwei Modellrechnungen beschränkt, die nun den Gemeinderäten der fünf Verbandsgemeinden zur Diskussion beziehungsweise zur Stellungnahme unterbreitet werden. Die beiden vorgeschlagenen Modelle respektieren sowohl das Verursacher- wie auch das Solidaritätsprinzip.

Nun muss sich der Gemeinderat in Nunningen bis zum 25. November für eine Variante entscheiden. «Selbstverständlich kann jede Gemeinde auch eigene Modelle einbringen», schloss Josef Dietler seine Präsentation.

Die Delegiertenversammlung der Wasserversorgung Gilgenberg wird schliesslich den Entscheid fällen, welcher Verteilschlüssel angewendet wer-



**VERLAGERUNGEN?** Nunningen gehört der Wasserversorgung Gilgenberg an. Zur Diskussion steht nun, ob die anfallenden Kosten unter den beteiligten Gemeinden anders verteilt werden sollen. FOTO ZIMMER

den soll oder ob alles beim Alten bleibt.

Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat, auf dem Gesaltungsplan im Gebiet «Wieden» zu bestehen. Dies, obschon sich 15 Grundeigentümer, die die Kosten dafür tragen müssen, negativ geäußert haben. «Wir dürfen kein Präjudiz schaffen», bemerkt Gemeinderat Hannes Hänner. Allerdings

einigte sich der Rat, die Baulandumlegung auf einen Bereich des Gebietes zu reduzieren.

Nach Ablehnung der Einsprache durch den Gemeinderat muss ein Bürger nun seinen Schopf bis zum 31. Dezember entweder sanieren oder niederreißen.

Auch die zweite Einsprache lehnte der Rat ab. Dieser Einwohner muss

ebenfalls bis Ende Jahr den Bauschutt auf seinem Grundstück entsorgen.

Der Gemeinderat genehmigte hingegen ein Begehren des Kantons Solothurn. Danach soll ein überwachsener Gemeindeweg zum Chänserg für den Holztransport wieder befahrbar gemacht werden. Für die Gemeinde Nunningen entstehen dadurch keine Kosten.